

Gemeinderat boxt Kraftwerk durch

MuttENZ treibt bereits abgelehnte Pläne für Holzschnitzel-Erdgas-Anlage auf Friedhof voran

Von Joël Hoffmann

MuttENZ. Aus dem aktuellen Amtsblatt geht hervor, dass die Gemeinde MuttENZ im Dorfczentrum einen Wärmeverbund, also ein Holzschnitzel-Erdgas-Kraftwerk samt Wärmeleitungen bauen will. Die circa drei Millionen Franken teure Anlage soll bei der Leichenhalle des Friedhofs gebaut werden. Mit der Ausschreibung umgeht der Gemeinderat ein von der Gemeindekommission im Frühling abgelehntes Vorprojekt. Über das Kraftwerk und die damit verbundenen Lärm- und Schmutzmissionen wurde die Bevölkerung bisher nicht informiert.

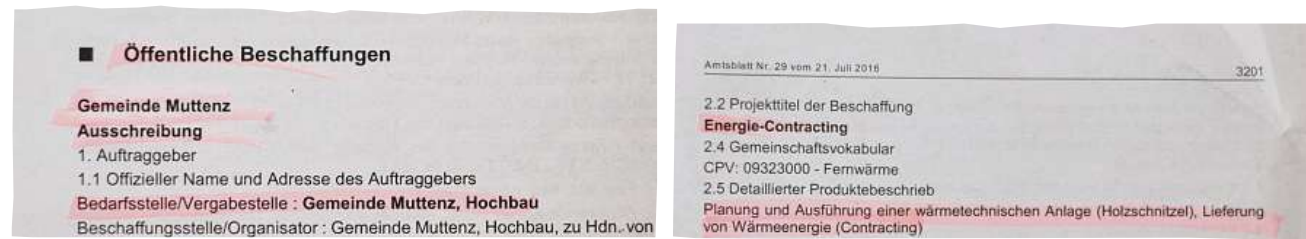
Der Gemeinderat will ein möglichst ökologisches Heizsystem für seine Liegenschaften. Fernwärme durch das Verbrennen von Holzschnitzen ist für ihn eine gute Alternative zu stärker umweltbelastenden einzelnen Ölheizungen oder Gaskraftwerken. So will er bis 2018 seine Liegenschaften, etwa die Mittenza samt Hotel und Verwaltung sowie das Schulhaus Breite, wärmetechnisch sanieren und mit Wärme des geplanten neuen Holzschnitzel-Kraftwerkes beheizen.

Im Frühling gelangte der Gemeinderat an die Gemeindekommission. Er beantragte für das Vorprojekt Wärmeverbund Schulstrasse einen Betrag von 80 000 Franken. Gemäss Gemeindeordnung muss bei Kosten über 50 000, aber noch unter 100 000 Franken die Gemeindekommission mitziehen. Doch diese lehnte das Begehren ab: wegen den Kosten und weil die Zukunft der Mittenza und damit die nötigen Kapazitäten noch unklar sind.

Gemeinderat verteidigt Vorgehen

Üblicherweise folgt einem Vorprojekt eine Vorlage an die Gemeindeversammlung, und wenn diese grünes Licht gibt, folgen die Ausschreibungen. Nicht so in MuttENZ: Die Gemeindekommission lehnte das Projekt ab, und der Gemeinderat treibt es trotzdem voran. Er versucht, seinen Willen durchzusetzen, indem er nun die Hintertür nimmt.

Die Ausschreibung mit dem Titel «Energie-Contracting» wurde bis Mittwoch jedenfalls nur im Amtsblatt publiziert – wie schon das Baugesuch für die umstrittene Handyantenne, die ebenfalls nur im Amtsblatt veröffentlicht wurde und ebenfalls in den Ferien, res-



Holzschnitzel auf dem Friedhof. Gemäss Amtsblatt soll das neue Kraftwerk bei der Leichenhalle gebaut werden. Foto J. Depierre

pektive in einer Zeit, in der viele Einwohner abwesend sind. So bleibt ein umstrittenes Projekt länger unbekannt.

Die Ausschreibung läuft, doch was ist mit dem Vorprojekt? Auf der Bauverwaltung heisst es zuerst, dass die Sache die Öffentlichkeit nichts angehe. Später meldet sich der zuständige Gemeinderat Thomi Jourdan (EVP) aus den Ferien. Er verteidigt das Vorgehen: Die Vorlage, die der Gemeinderat im Frühling der Gemeindeversammlung vorlegen wollte, habe sich aufgrund der Fragen, die in der Diskussion mit der Gemeindekommission aufkommen sind, als nicht umfassend genug erwiesen. «Es blieben zu viele Fragen offen, etwa wie hoch die Heizkosten beim Contracting unter wettbewerblichen Bedingungen sein werden, im Vergleich zu anderen Varianten wie etwa Einzelheizungen», erklärt Jourdan. Mit der Ausschreibung gehe es demnach «in

keinster Weise» darum, «unseren Willen durchzudrücken», sondern im Gegenteil darum, dem Souverän eine Vorlage mit möglichst konkreten Angaben zu den Kosten und Wirkungen sämtlicher möglicher Varianten vorzulegen. «Die Gemeindeversammlung entscheidet in der Folge auf der Grundlage umfassender Zahlen und Fakten», so Jourdan weiter. Zudem stehe die Gemeinde unter Zeitdruck: Die Sanierung des Breite-Schulhauses ist ebenfalls ausgeschrieben. Es soll mit Fernwärme versorgt werden.

Doppelter Ölpreis

Im März 2017 wird die Gemeindeversammlung über das neue Kraftwerk befinden müssen. Weitere Ausschreibungen zu anderen Varianten wie einem Erdgaskraftwerk sind aber unterblieben. So bestätigt Gemeinderat Jourdan, dass er das ausgeschriebene Holz-

schnitzelkraftwerk favorisiere. Zudem liegt dem Gemeinderat bereits eine umfassende Machbarkeitsstudie vor, die für die verschiedenen Varianten mehrere Investitions- und Betriebskostenrechnungen beinhaltet. Zwar müsste der künftige Betreiber diese Kosten zuerst stemmen, doch der Preis, den der Steuerzahler für die Beheizung ausschliesslich der Gemeindeliegenschaften bezahlt, richten sich nach den Investitionskosten, wie die Studie belegt, die der BaZ vorliegt. So würde bei einem Erdgaskraftwerk eine Kilowattstunde zwölf Rappen und die Holzschnitzellösungen 16 bis 17 Rappen kosten. Zum Vergleich: Heizöl kostet acht Rappen.

Die Fakten, die laut Jourdan noch fehlen, liegen also schon vor. In der Studie wird dem Gemeinderat das Holzschnitzelkraftwerk empfohlen. Der Gemeinderat folgt dem Gutachten mit der nun vorliegenden Ausschreibung.

Landi akzeptiert Kirschen von Hochstämmen

Kleinere Anlieferungsmenge wegen Kirschessigfliege

Von Boris Gygax

Aesch. Den Befehl der Kirschessigfliege spürt auch die Landi Reba mit Hauptsitz Aesch, der grösste Handelsbetrieb der Region. Bei den Wareneingangskontrollen werde permanent ein Auge auf Spuren des Parasiten geworfen, sagt Beat Gisin, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Landi Reba AG. «Wir hatten zwar diverse Rückweisungen und Beanstandungen, jedoch verhängten wir nicht wie andere Verladehändler einen generellen Annahmestopp.»

Als Handelsbetrieb sei es für die Landi nicht massgebend, auf welcher Höhe die Kirsche gewachsen ist. Mit anderen Worten: Die Art der Produktion spielt für den Handel als solche keine Rolle. «Entscheidend ist, dass die Qualität stimmt», betont Gisin. Anders für den Produzenten, welcher mit seiner jeweiligen Produktionsform die Wirtschaftlichkeit finden muss. Zum Teil seien Kunden bereit, für den Landschaftsmehrwert von Hochstammäbäumen etwas mehr für deren Produkte zu zahlen.

«Gravierende Verluste»

Die Anlieferungsmenge ging bei der Landi aufgrund der Kirschessigfliege jedoch massiv zurück. Bei den kleineren Grössen, die oft auf Hochstämmen wachsen, verzeichnete die Landi bisher gerade einmal 30 bis 40 Prozent der Ernteschätzung. Auch bei den Kirschen für die Nahrungsmittelindustrie sei der Verlust «gravierend», sagt Gisin. Bei den grossfruchtigen Tafelkirschen, die oft in Kulturen wachsen und mit Netzen einigemassen gegen die Kirschessigfliege geschützt werden können, werde man die Schätzung hingegen erreichen.

Für die Zwetschgenernte, die dieser Tage beginnt, sind Gisin und die Produzenten vorgewarnt. Eine wichtige Massnahme sei das rechtzeitige Überprüfen der Bäume, um die beste Qualität auf den Markt zu bringen. «Es sind nie alle Früchte miteinander reif. Man erreicht damit, dass keine überreifen Früchte an den Bäumen hängen, welche der Kirschessigfliege als Brutstätte dienen.» Trotz der schlechten Vorzeichen möchte Gisin nicht auf Vorrat klagen: Die Landi übernehme hundert Prozent der regionalen Zwetschgenproduktion ihrer Produzenten.

Nachrichten

Dieter Leutwyler hütet Schloss Wildenstein

Bubendorf. Der Kommunikationschef der Baselbieter Bau- und Umweltdirektion wird im Nebenberuf Schlosswart zu Wildenstein. Laut *OnlineReports* residiert Dieter Leutwyler (61) mit seinem Partner, dem Schauspieler Hansjörg Surer, ab November im Gärtnerhaus des Schlosses. Sie teilen die staatliche Vollzeitstelle unter sich auf. Offenbar übernimmt Leutwyler bis zur Pensionierung 20 Prozent der Aufgaben als Schlosshüter. Vor drei Jahren wollte der Kanton Wildenstein verkaufen, scheiterte damit aber an der Urne.



InterGGA: Beschwerde zu spät eingereicht

Therwil. Die Gemeindeversammlung Therwil hat sich zu Recht gegen den Ausstieg aus der InterGGA ausgesprochen, wie das Kantonsgericht urteilt. Der Regierungsrat gab als erste Instanz noch dem Beschwerdeführer Recht und hob die Abstimmung auf. Dagegen wehrte sich die Gemeinde. Das Gericht kam nun zum Schluss, dass die Beschwerde zu spät beim Regierungsrat eingereicht wurde und dieser zu Unrecht den Versammlungsbeschluss aufgehoben hat. Mit dem Urteil steht fest, dass Therwil nicht aus der InterGGA aussteigen wird.

Die Gemeinden wollen künftig in den Regionen selber entscheiden können

Für Pflege und Betreuung im Alter sollen Versorgungsregionen gebildet werden

Von Thomas Dähler

Liestal. Der Kanton stellt die Regeln auf, und die Gemeinden bezahlen: Nach diesem Schema sind im Baselbiet viele Bereiche des öffentlichen Lebens organisiert. Das soll sich jetzt ändern: Im Gesetz über die Betreuung und Pflege im Alter, das sich in Revision befindet, soll die Handlungshoheit der Gemeinden in den Regionen verankert werden.

«Wenn die Gemeinden schon für die Finanzierung von Alter und Pflege zuständig sind, erwarten sie auch die entsprechenden Kompetenzen», heisst es im Bericht der Avenir-BL-Gemeinden zur ersten Tagsatzung 2016. Es wäre dies ein erster Schritt zur Dezentralisierung in einem Kanton, der sich bisher stets in die entgegengesetzte Richtung bewegt hat.

Gemeinden gemeinsam

Die zentrale Neuerung im geplanten Alters- und Pflegegesetz ist die Bildung von Versorgungsregionen, in denen die Gemeinden gemeinsam die Versorgung der älteren Bevölkerung festlegen. Damit könnten die Gemeinden im Verbund selber entscheiden, wie sie die Versorgungskette für die Betagten gestalten könnten. Dienstleistungen und Finanzierung wären damit in der gleichen Zuständigkeit. Offen ist allerdings noch, zu welchen Versorgungs-

regionen sich die Gemeinden zusammenschliessen, und ob dies in der Form von Zweckregionen im Rahmen des geplanten neuen Gemeinderegionengesetzes geschehen soll. Die fixen Gemeinderegionen sind umstritten – Entscheide dazu dürften im Landrat und schliesslich an der Urne fallen.

Unabhängig davon sind sich die Gemeinden einig, dass sie künftig in den Versorgungsregionen selbstständig entscheiden wollen, wie sie die Leistungsvereinbarungen mit den Alters- und Pflegeheimen und weiteren Akteuren des Pflegebereichs gestalten. Fest entschlossen sind die Gemeinden auch, dass sie das Heft für die Qualitätskontrolle selber in die Hand nehmen. Mit Sanktionen soll gegen jene Organisationen vorgegangen werden, die sich nicht an die Regeln halten. Noch tut sich allerdings die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion schwer, den gesamten Bereich, inklusive Sanktionsmöglichkeiten, an die Gemeinden abzutreten. Doch das neue Alters- und Pflegegesetz entsteht in einem partizipativen Prozess, den die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion und die Gemeindevertreter gemeinsam führen.

Die Gemeinden sind überzeugt, dass die finanziellen Mittel heute nicht optimal eingesetzt sind. Mit der Schaffung von betreuten Wohnformen und Tagesstätten etwa könnte der Trend zu teuren Pflegebetten und teuren Alters-

und Pflegeheimen gedämpft werden. Die Gemeinden wollen, wie sie an der letzten Tagsatzung beteuerten, eine Wertediskussion über Altersfragen in Gang setzen. Anders als bei den Diskussionen über die Ergänzungsleistungen soll der Prozess zum Pflegegesetz einvernehmlich gestaltet werden. Weil es sich um den ersten Bereich handelt, der den Gemeinderegionen Kompetenzen zuweist, dürfte das Gesetz Vorbildcharakter für weitere Bereiche erhalten. Mit der Raumplanung steht ein weiterer Bereich an, bei dem die Gemeinden mehr Kompetenzen erhalten sollen.

AHV-Ergänzungsleistungen

Das Alters- und Pflegegesetz folgt auf das vom Landrat bereits verabschiedete Ergänzungsleistungsgesetz. Dieses war im Landrat einstimmig gutgeheissen worden, nachdem sich der Rat dazu durchgerungen hatte, die Vergan-genheitsbewältigung aus dem Gesetz zu entfernen. Über die Bezahlung der Beträge, die den Gemeinden in der Übergangszeit zustehen, wird nach Einreichen der Fairness-Initiative an der Urne entschieden.

Festgeschrieben wurde im Ergänzungsleistungsgesetz, dass die Gemeinden die Ergänzungsleistungen zur Alters- und Hinterbliebenenversicherung tragen. Sie erhalten dafür Kantonssteuern in der Höhe von 14,3 Millionen Franken jährlich.

Hälfte verbrannt, Rest verwertet

Anteil gewerblicher Entsorgung in der Abfallstatistik steigt

Liestal. Die 86 Baselbieter Gemeinden haben im letzten Jahr 91 000 Tonnen Siedlungsabfälle gesammelt. Im Schnitt sind dies 321 Kilogramm pro Person. Etwas mehr als die Hälfte der Abfälle gelangte in die Verwertung, die restlichen rund 48 Prozent – Hauskehricht und Sperrgut – wurden in der Kehrichtverbrennungsanlage Basel vernichtet.

Laut Bundesamt für Umwelt nimmt die Müllmenge der Schweiz nach wie vor zu. Dieser Trend ist in der Abfallstatistik des Kantons Baselstadt zwar nicht erkennbar. Der von den Baselbieter Gemeinden gesammelte Abfall ist aber nur vermeintlich rückläufig. Grund dafür sei «vermutlich nicht die Abnahme der Menge, sondern in erster Linie die zunehmende Entsorgung von Abfällen in privatwirtschaftlichen Entsorgungszentren», teilt die Bau- und Umweltschutzdirektion mit. Diese Abfälle werden in der kommunalen Abfallstatistik nicht erfasst, da keine Differenzierung zwischen privaten und gewerblichen Anlieferungen möglich sei. Im Umkehrschluss bedeutet das: Die gewerbliche Entsorgung gewinnt an Bedeutung. Dieser Effekt zeige sich auch in anderen Kantonen.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Siedlungsabfallmenge pro Person um fast 16 Kilo (knapp fünf Prozent) gesunken. Dabei war der Rückgang bei Hauskehricht und Sperrgut mit gut fünf Kilo pro Person geringer als bei Wertstoffen mit elf Kilo pro Person. sr